



Antworten von Andreas Keith zu den Fragen an die Leverkusener Kandidaten zur Landtagswahl:

- **Wie ist Nordrhein-Westfalen aus Ihrer Sicht integrationspolitisch aufgestellt?**

Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Insbesondere in NRW zeichnen sich die fatalen Folgen einer unkontrollierten Zuwanderungspolitik immer deutlicher ab, denn sie folgte nicht primär unseren eigenen, wirtschaftlichen Interessen. Das beginnt damit, dass es keine konsequente Trennung zwischen humanitärem Schutz auf Zeit und qualifizierter Zuwanderung auf Dauer gibt. Ein Großteil der seit 2015 aus humanitären Gründen aufgenommenen Personen ist von Sozialleistungen abhängig und nur schwer auf dem Arbeitsmarkt vermittelbar.

Die AfD fordert eine maßvolle legale Einwanderung nach qualitativen Kriterien. Nur eine streng kontrollierte und qualifizierte Zuwanderung sorgt für zusätzliche Wachstumseffekte und entlastet die öffentlichen Haushalte, statt sie zu belasten.

Den größten innen- und Integrationspolitischen Handlungsbedarf sehen wir in den Hochburgen der Clankriminalität, also insbesondere in Dortmund, Gelsenkirchen, Essen und Duisburg. Sowohl die bestehende als auch die vorherige Landesregierung haben hier vollkommen versagt. Neben einer Ausschöpfung der Möglichkeiten des Ordnungs-, Straf- und Strafprozessrechtes, kann insbesondere eine intensiviertere Rückführungspolitik hier dauerhaft für Abhilfe sorgen.

Aktuell unterstützt die AfD ausdrücklich die temporäre Aufnahme von Frauen, Kindern und älteren Menschen aus der Ukraine, die vor dem russischen Angriffskrieg fliehen.

- **Wie stehen Sie zum kommunalen Wahlrecht und zum Landeswahlrecht für alle Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit? Würden Sie einer entsprechenden Änderung der Verfassung des Landes NRW zustimmen?**

Nein, die AfD stimmt einer Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigten gemäß Kommunalwahlgesetz nicht zu. Danach sind ausschließlich Deutsche im Sinne von Artikel 116 Abs. 1 des Grundgesetzes und Staatsangehörige eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft wahlberechtigt. Der erfolgreicher Abschluss des Integrationsprozesses kann die Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft sein, was in der Folge zum aktiven und passiven Wahlrecht führt.

- **Welche Bedeutung messen Sie der kommunalpolitischen Teilhabe von Menschen mit internationaler Familiengeschichte durch Integrationsräte bei?**

Leider belegen zahlreichen Zwischenfälle anlässlich der Integrationsratswahlen im Jahre 2020, dass es seitens islamistischer Untergrundorganisationen Bestrebungen der Unterwanderung der Integrationsräte gibt. Zudem führt die verschwindend geringe Wahlbeteiligung von durchschnittlich lediglich 13,3 % zu einem generellen Legitimationsproblem.

Weite Teile der Wahlberechtigten sind bereits voll integriert, oftmals eingebürgert und nicht von der Existenz eines Integrationsrats abhängig. Das gilt insbesondere für EU-Bürger. Der Beitrag der Räte zur Integration somit ist für weite Teile der Wahlberechtigten eher gering.

Die AfD wird sich dafür einsetzen die Integrationsräte und somit auch den Landesintegrationsrat durch ein zeitgemäßes und zweckdienliches Gremium zu ersetzen.

- **Welche präventiven Ansätze schlagen Sie vor, um die Verbreitung von Rassismus und rechtsextremem Gedankengut zu verhindern?**

Die AfD lehnt jede Form des Rassismus entschieden ab. Die AfD lehnt ebenfalls die mit der Fragestellung implizierte Verengung des Extremismus auf rechtsextremes Gedankengut ab. Alle Formen des Extremismus sind gleichsam zu bekämpfen: Rechtsextremismus, Linksextremismus und religiös motivierter Extremismus. Dabei darf es keine Rolle spielen von wem der Rassismus ausgeht. So dürfen auch unliebsame Probleme nicht ignoriert werden, wozu beispielsweise der muslimische Antisemitismus gehört.

- **Wie kann institutionellen Formen der Diskriminierung im Bereich Schule und Bildung entgegengewirkt werden? Wie kann struktureller Rassismus in Bildungseinrichtungen reflektiert und beseitigt werden?**

Eine unabdingbare Voraussetzung für gelingende Integration ist eine gute Kenntnis der deutschen Sprache. Denn Sprache ist in allen Lebensbereichen das wichtigste Kommunikationsmittel des Menschen und trägt entscheidend zur erfolgreichen Lebensgestaltung und Identitätsbildung bei. Hierbei wollen wir alle Schüler angemessen unterstützen.

Allerdings sind Schüler – unabhängig von ihrer Herkunft und ihren Vorkenntnissen – nach einheitlichen Kriterien zu bewerten. Dabei muss die individuelle Leistung das ausschlaggebende Kriterium sein. Ein ehrlicher Umgang mit unterschiedlichen Sprachniveaus bei der Benotung ist in unseren Augen kein Rassismus, sondern eher eine Vorbereitung auf die am Arbeitsmarkt vorherrschende Leistungsgesellschaft.

Beim strukturellen Rassismus geht man von einer überdurchschnittlich und regelmäßigen Benachteiligung schwarzer Menschen durch Weiße aus. Diese Theorie ist wissenschaftlich nicht haltbar und unterschlägt z.B. das Problem der weltweiten Christenverfolgung.

- **Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um verloren gegangenes Vertrauen der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in den Staat gezielt wiederzuerlangen?**

Gemäß dem Teilhabe- und Integrationsgesetz umfasst diese Gruppe gleichsam alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikel 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind oder außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland geboren und nach dem 31. Dezember 1955 nach Deutschland eingewanderte Personen sowie deren Kinder. Das trifft auf fast jeden dritten Bürger in Nordrhein-Westfalen zu. Wir bezweifeln, dass sich all diese Bürger in dieser Fragestellung wiederfinden.

Zuwanderung lässt sich nicht immer passgenau nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes im Aufnahmeland steuern. In Deutschland hat sich die Problemlage noch dadurch verschärft, dass der politische Wille zu einer derartigen Steuerung weitgehend fehlt. Deshalb muss die Arbeitsmarktintegration, der bereits in Deutschland lebenden Personen mit Migrationshintergrund deutlich vorangebracht werden. Auf diese Weise können bestehende Potentiale für den Arbeitsmarkt geschöpft und weitere Anpassungskosten verhindert werden.

- **Welchen konkreten Maßnahmen empfehlen Sie, um den Anteil der Beschäftigten mit internationaler Familiengeschichte im öffentlichen Dienst zu erhöhen?
Wie kann sichergestellt werden, dass sich ihr Anteil in der Bevölkerung in allen Laufbahngruppen widerspiegelt?**

Die bisherige Landesregierung hat in diesem Zusammenhang umfangreiche Kampagnen aufgesetzt, ohne den Erfolg der Maßnahmen messen zu können. So gibt es keine verlässlichen Zahlen zum bestehenden Anteil der Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.

Die AfD positioniert sich deutlich gegen diesbezügliche Quotenregelungen. Bei der Besetzung von Stellen im öffentlichen Dienst darf es als Kriterium ausschließlich um die Qualifikation der Bewerber gehen, völlig unabhängig vom Migrationshintergrund.